



Berlin, den 23.03.2023

# Übersicht zum Windenergie-auf-See-Gesetz

## Windenergie-auf-See-Gesetz

Windenergie auf See ist ein starkes Zugpferd der Energiewende. Die Windenergieanlagen auf See können jeweils größere Mengen Strom in mehr Stunden des Jahres produzieren, als Windenergieanlagen an Land. Das macht Offshore-Windenergie zu einer sehr attraktiven Energiequelle. Deshalb treiben wir den Ausbau der Offshore-Windenergie konsequent voran.

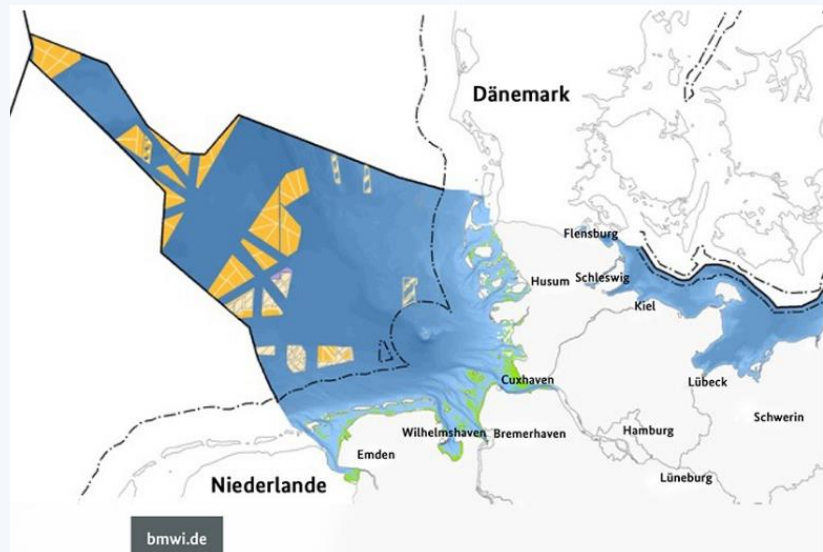
Die Novelle des **Windenergie-auf-See-Gesetzes** aus dem Sommer 2022 beschleunigt alle Verfahren und erlaubt eine um mehrere Jahre beschleunigte Auftragsvergabe der Offshore-Anbindungsleitungen. Die Planungs- und Genehmigungsverfahren werden gestrafft und die Umweltprüfungen werden gebündelt. Zudem wurde der Offshore-Ausbau in Abwägungsentscheidungen mit anderen Belangen gestärkt und steht künftig explizit im überragenden öffentlichen Interesse. Im Einklang mit den Änderungen im EEG wurden auch die Ausbauziele für Windenergie auf See deutlich auf mindestens 30 GW im Jahr 2030, 40 GW im Jahr 2035 und 70 GW im Jahr 2045 angehoben.

Bei den Auktionen zur Förderung von Offshore-Windenergie kam es in der Vergangenheit wiederholt zu Null-Cent-Geboten. Mit einem neuen **Ausschreibungsverfahren** ist künftig sogar mit Einnahmen rechnen, die unter anderem in die Senkung der Offshore-Netzzulage und den Naturschutz fließen werden.

Mit der im November 2022 unterzeichneten **Offshore-Realisierungsvereinbarung** zwischen Bund, betroffenen Ländern und Übertragungsnetzbetreibern (ÜNB) wurden konkrete Meilensteine und Zeitpläne verabredet, um das Ziel von mindestens 30 GW bis 2030 zu erreichen. Sie beinhaltet Schritte zur Flächenausweisung auf See, zum naturverträglichen Ausbau, zu konkreten Zeitplänen und Meilensteinen, zur Querung des Küstenmeers und zur erforderlichen Koordination und den für die Beschleunigung der Prozesse notwendigen Ressourcen.

Weitere gesetzliche Anpassungen sollen für eine verbesserte Auslastung von Offshore-Anbindungsleitungen sorgen. Außerdem wurden Regelungen geschaffen, die die Querung des Küstenmeeres erleichtern werden.

Im Januar hat das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie den neuen **Flächenentwicklungsplan** veröffentlicht, der den Weg zu 30 GW in 2030 und zu sogar 50 GW in 2035, und damit einer deutlichen Übererfüllung des Ziels von 40 GW, beschreibt. Ferner wurde mehr Fläche für die Offshore-Wasserstoffherzeugung ausgewiesen. Noch in diesem Jahr sollen Flächen



für die Offshore-Wasserstoffherzeugung ausgeschrieben werden. Hierzu wird auch eine Förderung bereitgestellt werden. Zur Sicherung weiterer Gebiete für die Offshore-Windherzeugung, die für den Ausbau von 70 GW erforderlich sind, werden derzeit konstruktive Gespräche mit allen Beteiligten geführt.

Offshore bietet zudem eine einzigartige Möglichkeit, den **internationalen Stromhandel** auszubauen. Die gemeinsame Organisation von Offshore-Windnutzung stärkt die Energiesicherheit. Deshalb arbeiten wir in der Nordsee-Energiekooperation intensiv mit den anderen Nordsee-Anrainern zusammen. Am 18.05.2022 haben die Energieminister der vier Nordseeanrainerstaaten eine Kooperation für Offshore-Windenergie und grünen Wasserstoff vereinbart. Gemeinsame „hybride“ Offshore-Kooperationsprojekte sollen die Windparks und Stromnetze vereinen und an mehrere Mitgliedstaaten anbinden. Dadurch soll sich der Nordseeraum als „Green Power Plant of Europe“ entwickeln und die EU mit grünem Strom versorgen.

Am 12.09.2022 haben die **Nordsee-Anrainer in einer gemeinsamen Erklärung** der Energieministerinnen und Energieminister mit der Europäischen Energiekommissarin Ausbauziele für die Nordsee-Region von 76 GW bis 2030, 193 GW bis 2040 und 260 GW bis 2050 vereinbart. Am 18.12.2022 wurde ein Vertrag mit UK geschlossen, damit sie trotz Brexit bei den Offshore-Vernetzungs-Vorhaben dabei sind. Das Vereinigte Königreich liegt in einer anderen Wetterzone als die deutsche Zone in der Nordsee.

Mit **hybriden Interkonnektoren** lässt sich das riesige Potenzial der Offshore-Windenergie für die Energiewende effizient nutzen. Eine Studie des BMWK aus dem Februar 2023 zeigt, dass sie nicht nur die Netzsicherheit erhöhen, sie machen das gesamte europäische Stromsystem günstiger. Eine Studie der Übertragungsnetzbetreiber wird weitere Erkenntnisse liefern.